

Beschluss des Landrates vom 22.03.2018

Nr. 1960

34. S9 jetzt stärken: Erweiterung Geltungsbereich U-Abo auf der S9-Strecke bis Olten 2017/619; Protokoll: Is

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion als Postulat entgegennehme.

Sandra Strüby-Schaub (SP) meint, wer A sage, müsse auch B sagen. Die Bevölkerung hat am 26. November 2017 A gesagt, der Landrat und Regierungsrat müssen nun B sagen. Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro meinte am Abstimmungssonntag, dass das Referendumskomitee Lösungsvorschläge bringen müsse. Damit meinte sie Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität und somit des Kostendeckungsbeitrags des Läufe-finger-lis. Diese Einladung nimmt das Referendumskomitee gerne an. Anstatt auf den Lorbeeren auszuruhen, werden konkrete Vorschläge gemacht.

Den Geltungsbereich nach Olten auszuweiten, ist keine neue Idee. Bereits vor 10 resp. 20 Jahren, wurden entsprechende Postulate eingereicht. Im Januar 2010 wurden diese im Landrat behandelt. Es wurden damals umfangreiche Umfragen unter den Bahn-nutzenden durchgeführt. Die Postulate haben eine generelle Ausweitung nach Olten gefordert. Die für die Votantin massgebende Schlussfolgerung aus der Vorlage des Regierungsrats war, dass der Ertragsausfall für die Strecke Läufe-fingen-Olten mit ca. CHF 23'000 beziffert wird und damit verkraftbar wäre. Eine generelle Ausweitung bis Olten wäre vermutlich zu teuer. Entscheidend wird sein, dass mit einer Erweiterung des Geltungsbereichs viele Passagiere für die S9 gewonnen werden könnten. Dies könnte im günstigsten Fall die Mehrkosten mehr als kompensieren.

Die Bewohnerinnen und Bewohner des Homburgertals waren schon früher nicht nur nach Basel, sondern Olten ausgerichtet gewesen. Die Wege sind kurz, Olten sichert den Anschluss an die wichtigsten Ost-West-Verbindungen. Durch eine Ausweitung des Geltungsbereichs würden zweifellos mehr Passagiere die S9 benutzen. Diese Steigerung der Nutzung und damit die Verbesserung des Kostendeckungsbeitrags ist das gemeinsame Ziel aller politischen Kräfte. Sandra Strüby ist zuversichtlich und hofft, dass der Ertragsausfall geringer ausfallen wird als ausgewiesen.

In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat, dass der Geltungsbereich des U-Abos mit der Talwasserscheide begründet sei. Aber wenn im Norden der Geltungsbereich in das benachbarte Ausland möglich ist, sollten auch Verhandlungen mit allen beteiligten Partnern für eine mindestens teilweise Ausweitung in Richtung Süden möglich sein. Im Bericht zu den Postulaten von 2010 wurden die Fakten sorgfältig und umfassend dargelegt. Darum muss heute nicht abgeklärt, sondern gehandelt und verhandelt werden. Die Deutlichkeit des Abstimmungsergebnisses vom 26. November 2017 ist für die Votantin Ausdruck von Zuversicht, Aufbruchsstimmung und Mut, etwas zu wagen. Werte, auf denen die Erfolgsgeschichten dieses Landes aufgebaut sind. Anders gesagt: ohne Pioniergeist und Willen zur Innovation hätte die Schweiz den Gotthardtunnel nie gebaut. Zum jetzigen Zeitpunkt braucht der Kanton wieder mehr Pioniergeist und Mut zu innovativen Lösungen. Darum muss der Regierungsrat jetzt konkret handeln und verhandeln. Und daher ist eine Motion der richtige Vorstoss.

Rolf Richterich (FDP) sagt, gerichtet an Linard Candreia: Die FDP-Fraktion hat den Weg in den Landratssaal wieder gefunden; schön, werden wir vermisst. Dem Regierungsrat wird mitgegeben, dass hinter dem Liesberg keine Talwasserscheide sei. Das Birstal hat dort keine Wasserscheide. Wenn das Geschäft übernommen wird, soll der Regierungsrat den Horizont erweitern – nicht nur bis Olten, sondern über die ganze Schweiz. Wie lange gibt es das U-Abo in dieser Form noch?

Wie lange wird der ÖV so kleinräumig organisiert sein? Sollte sich der Kanton nicht dafür einsetzen, eine Pilotregion zu werden für ein neues Modell der ÖV-Nutzung? Das wäre viel klüger als nutzlose Grabenkämpfe zu führen, ob das Geschäft als Postulat oder als Motion überwiesen wird. Beides führt nicht zum Erfolg. Der Kanton muss sich dafür einsetzen, dass die Schwelle zum ÖV tiefer und die Benutzerfreundlichkeit höher werden. Dies würde auch eine Abkehr vom U-Abo ermöglichen, das sehr einfach ist, weil einmal pro Monat die Karte gelöst wird und danach eine Flat Tax bezogen wird. Das Modell generiert aber zu wenige Einnahmen. Es wird nicht lange dauern, bis erneut die Forderung nach einer Tarifierung folgt.

Susanne Strub (SVP) wollte sich vorhin nicht nach Regierungsrat Isaac Reber äussern. Die Strecken Tecknau-Olten und Läfelfingen-Olten sind nicht gleich! Die Fragen wurden in der BPK abgeklärt. Wegen dem Schnellzug ist Tecknau-Olten nicht möglich. Daher wurden die Vorstösse auf die S-Bahn-Strecke Läfelfingen-Olten begrenzt. Schliesslich muss eine Steigerung auf der S9 erfolgen. Es ist ein altes Anliegen, es scheint, dieses wird nicht ganz ernst genommen. Inzwischen kann das U-Abo für den grenzüberschreitenden Verkehr genutzt werden. Dass dies kantonsübergreifend nicht gehen soll, ist nicht einleuchtend.

Linard Candreia (SP) hat auch die Sicht: wir fahren nach Zürich über Olten. Der Blick kann aber auch andersherum erfolgen, d.h. von Olten aus. Der Kanton Solothurn wächst wenig, der Bezirk Olten verzeichnet aber ein grosses Wachstum mit über 50'000 Einwohnern. Generell sind die Züge überfüllt, es wird auf andere Strecken ausgewichen. Längerfristig ist es eine Investition, wenn der Geltungsbereich ausgeweitet und die Sicht der Oltner und Solothurner eingenommen wird, die auch nach Liestal und Basel arbeiten kommen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) bekräftigt die Feststellung von Rolf Richterich, dass die Strukturen hinterfragt werden müssten. Wie lange gibt es das U-Abo und die heutige Angebotsstruktur noch? Diese Frage ist berechtigt. Föderalistische Strukturen sind in der Regel jedoch zäher als man meint und manchmal auch, als man es gerne hätte. Vermutlich halten die geltenden Tarifstrukturen noch lange. Manchmal wäre es gut, wenn ein Schritt vorwärts gemacht werden könnte. Seit Jahrzehnten kann der Billetkauf von Liestal nach Hegenheim nicht einfach gestaltet werden. Hingegen kann die US-amerikanische Firma Uber innert fünf Minuten einen Fahrer mit einem Passagier zusammenbringen, dem dann die Fahrt von Liestal nach Hegenheim ermöglicht wird. Der Kanton hängt hingegen in den territorialen Strukturen und kommt darüber nicht hinweg bzw. muss lange Wege gehen, um die Strukturen zu verändern und verbessern. Die Anregung wird gerne mitgenommen in die Bearbeitung der Vorlage

Wie für die vorangehende Motion gilt auch für diese, dass der Regierungsrat den Vorstoss gerne anschaut. Die Einseitigkeit ist aber problematisch, der Vorstoss kann daher nicht als bindender Auftrag entgegengenommen werden, aber in Form eines Postulats. Die Auslastung der Schnellzüge zwischen Sissach und Olten muss ebenfalls berücksichtigt werden. Die richtige Form wäre das Postulat. Der Regierungsrat Basel-Landschaft kann in dieser Frage grundsätzlich nicht alleine handeln, schon deshalb ist die Form der Motion falsch.

Sandra Strüby-Schaub (SP) findet, die Zukunftsvisionen seien ehrenhaft und diese gelte es weiterzuverfolgen. Das U-Abo ist aber Realität. Es soll jetzt gehandelt und der Kostendeckungsgrad angehoben werden. Darum wird an der Motion festgehalten. Es ist klar, dass der Regierungsrat dies nicht alleine beschliessen kann. Die SP möchte aber, dass der Regierungsrat etwas unternimmt und etwas passiert, daher wird nicht in ein Postulat umgewandelt.

Christine Gorrengourt (CVP) möchte richtigstellen, dass die grenzüberschreitende Fahrt mit dem U-Abo alleine nicht möglich ist, sondern nur in Ergänzung mit der RegioCardPlus.

://: Die Motion wird mit 48:34 Stimmen abgelehnt.
